

Es gilt das gesprochene Wort!

**Laudatio anlässlich der Jubilar-Feier der
IG-Metall Bruchsal am 20. Oktober 2011**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Jubilare,

wir haben heute die Freude insgesamt 470 Jubilare zu ehren. Es sind Kolleginnen und Kollegen, die seit 25, 40, 50 und 17 sogar seit 60 Jahren Mitglied der Gewerkschaft sind.

Treue Mitgliedschaft zur IG Metall, zur Gewerkschaft Textil Bekleidung und zur Gewerkschaft Holz und Kunststoff ist Anlass genug, um in diesem würdigen Rahmen hier im Ehrenbergsaal im Bürgerzentrum in Bruchsal zusammenzukommen, um Euch, liebe Jubilare zu ehren.

„Für Gewerkschaften ist die Frage der Mitglieder die politischste Frage überhaupt.“

Das Zitat stammt von unserem 1. Vorsitzenden, Berthold Huber. Und man kann ihm nur zustimmen. Gerade Organisationen wie die Gewerkschaften brauchen treue und langjährige

Mitglieder wie Ihr es seit vielen Jahren seid.
Mitglieder sind das Fleisch und die Muskeln auf den Knochen, die eine Gewerkschaft braucht, um ihre Stärke und ihre Mächtigkeit zu zeigen.

Ich möchte an dieser Stelle an die vielen Tarifeinverständnisse in der Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg erinnern.

Die Verwaltungsstellen in Baden-Württemberg haben in den Tarifeinverständnissen immer eine entscheidende, wenn nicht die entscheidende Rolle gespielt. Das kommt nicht von ungefähr. Es ist Ausdruck und Zeichen unserer Stärke und Verankerung in den Betrieben

Unsere Arbeitskämpfe wurden mit tarifpolitischen Erfolgen der IG Metall beendet. Erfolge die Ihr, liebe Jubilare, mit erkämpft habt. Erfolge, auf die wir alle stolz sein können.

Mit Eurem Mitgliedsbeitrag habt Ihr die finanzielle Grundlage geschaffen, Arbeitskämpfe zu führen, durchzuhalten und am Ende zu gewinnen.

Mit Aussperrung haben die Arbeitgeber mehrfach versucht, die IG Metall finanziell auszubluten. Es ist ihnen nicht gelungen, dank einer starken und kämpferischen Mitgliedschaft.

Mit Eurer Präsenz als Gewerkschaftsmitglieder habt ihr dem Wirken der Arbeitgeber im Betrieb oder Unternehmen deutlich Grenzen aufgezeigt.

Nur in Betrieben mit einer guten Mitgliederstruktur, kann durch Aktionen der notwendige Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt werden, um am Verhandlungstisch ein für uns akzeptables Ergebnis zu erreichen.

Mit Eurer Mitgliedschaft habt Ihr ein klares Bekenntnis zu solidarischen und kollektiven Regelungen der Arbeits- und Lebensbedingungen gesetzt.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben noch nie etwas von den Arbeitgebern geschenkt bekommen, sondern mussten es immer in vielfältiger Form Stück für Stück erkämpfen, ob am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen oder in der Gesellschaft.

30 Tage Urlaub ist heute üblich. Wird sogar von Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern als selbstverständlich angesehen.

1951 und 1961, die Beitrittsjahre unserer Jubilare, waren wir davon noch weit entfernt.

In der Metallindustrie gab es 1951 maximal 18 Urlaubstage, gestaffelt nach der Betriebszugehörigkeit, aber geregelt in Tarifverträgen.

Erst 1963 wird durch das Bundesurlaubsgesetz ein gesetzlicher Anspruch auf Urlaub für alle

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer festgeschrieben.

1962 wird in den Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie vereinbart, dass sich die Anzahl der Urlaubstage nicht mehr nach der Betriebszugehörigkeit, sondern nach dem Lebensalter richten.

Ein zusätzliches Urlaubsgeld, damit man sich einen Urlaub auch leisten kann, wurde erst 1965, damals in Höhe von 30% eines Monatseinkommens, durchgesetzt.

Auch von der 35-Stunden-Woche waren wir 1951 noch weit entfernt.

Die Wochenarbeitszeit betrug 48 Stunden, an 6 Tagen in der Woche, also inklusive des Samstages.

Den 1. Mai 1956 stellte deshalb der DGB unter das Motto "Samstags gehört Papi mir" und eröffnete damit den Kampf um den arbeitsfreien Samstag.

Heute ist für viele Beschäftigte das arbeitsfreie Wochenende Realität, wobei die Samstags- und Sonntagsarbeit wieder deutlich zunimmt. Und das trifft längst nicht nur den Dienstleistungssektor. Wochenend- und Sonderschichten haben ein „Arbeiten ohne Ende“ zur Folge.

Eine Gesellschaft, in der die Produkte und Dienstleistungen rund um die Uhr, an 7 Tagen in der Woche produziert und angeboten werden, kann und darf nicht unser Ziel sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

1956 wurde die Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden verkürzt, 1959 auf 44 Stunden, 1962 auf 42,5 Stunden und 1964 auf 41,5 Stunden, jeweils bei vollem Lohnausgleich.

Erst 1967 wurde die 40 Stunden-Woche in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie eingeführt.

Diese Beispiele zeigen die tarifpolitischen Erfolge der IG Metall, der Gewerkschaft Textil und Bekleidung sowie der GHK, die zeitversetzt folgten. Erfolge an denen Ihr, liebe Jubilare, ein großes Stück mitgewirkt habt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch gesellschaftspolitisch waren die 50iger und 60iger Jahre gekennzeichnet durch große Veränderungen.

Das Ende des 2. Weltkriegs, der Nationalsozialismus und die Gräueltaten im Dritten Reich lagen 1951 gerade einmal 6 Jahre zurück, wurden aber immer weniger aufgearbeitet, ja regelrecht ausgeblendet.

Erst Jahre später, auch auf Druck der jungen, nach dem Krieg geborenen Generation, fand ansatzweise wieder eine kritische Auseinandersetzung mit den Ideologien des Nationalsozialismus statt. Aber eben nur ansatzweise.

Aber wir müssen wachsam bleiben. Jedes Jahr häufen sich Angriffe Rechtsradikaler. Die braune Brut ist keineswegs verschwunden. Sie hat sich nur in ihre dreckigen Rattenlöcher zurück gezogen.

Menschenverachtende Theorien haben in einer freien, offen und pluralen Gesellschaft nichts zu suchen. Es ist an der Zeit, endlich die NPD zu verbieten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir als Gewerkschaften treten für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein, egal welcher Herkunft, welcher Hautfarbe, welcher Religion und welches Geschlechts.

Das immer wieder in Erinnerung zu rufen, sind wir den Millionen Opfern des Dritten Reiches und der zwei Weltkriege schuldig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

1951 nahmen die Spannungen zwischen dem sogenannten Ostblock und den westlichen Staaten deutlich zu.

In den USA wurden die Entwicklung in Korea und die zunehmenden Spannungen in Europa genutzt, um in einer regelrechten Hatz auf Künstler und Intellektuelle mit linken Sympathien - die sogenannte McCarthy-Ära - einzuläuten.

Großbritannien hatte mit Selbstständigkeitsbestrebungen in Ägypten und dem Iran zu kämpfen.

In der Bundesrepublik nahm das Bundesverfassungsgericht seine Arbeit auf.

Konrad Adenauer, der damalige Bundeskanzler, übernahm das neu eingerichtete Außenministerium.

Gegen den Widerstand der SPD wurde von ihm die Remilitarisierung betrieben.

Am 5. Mai 1955 trat die Bundesrepublik der Nato bei, am 12. November 1955 wurde faktisch die Bundeswehr gegründet.

Am 10. April 1951 beschließt der Bundestag das Montanmitbestimmungsgesetz, in dem zum ersten Mal eine paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer gesetzlich geregelt wird.

Am 1. Mai 1951 wird die Bundesrepublik Vollmitglied im Europarat.

Heute haben wir ein Europa mit offenen Grenzen und einer einheitlichen Währung, dem Euro.

Der europäische Einigungsprozess brachte uns Frieden und Wohlstand, das dürfen wir nicht gefährden.

Deshalb muss dem unsäglichen Spiel der Rating-Agenturen endlich ein Ende gesetzt werden.

Wie weit sind wir gekommen, wenn private Unternehmen ohne jegliche Kontrolle und bezahlt vom Auftraggeber der Ratings ganze Staaten in ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Existenz treffen können.

Zur Bekämpfung der Eurokrise wäre ein Marshall-Plan, ähnlich wie 1948, ein besserer Weg als mit reinem Sparen die Wirtschaft z.B. in Griechenland immer tiefer in die Krise zu steuern.

Und wir müssen aufpassen, dass diese Krise nicht ausschließlich von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den kleinen Leuten in Europa bezahlt wird.

Am 19. April 1951 eröffnet die erste deutsche Automobilausstellung in Frankfurt am Main.

Im schwedischen Lund wird die erste Tetra Pak-Verpackung für Milch der Öffentlichkeit vorgestellt und in Arco, Idaho gelingt erstmals die nukleare Stromerzeugung, das sogenannte Atomzeitalter beginnt.

Am 17. Juni 1961 geht das erste deutsche Kernkraftwerk in Kahl am Main ans Netz, weitere folgen.

Welche Gefahr diese Technologie für die gesamte Menschheit in sich birgt, hat uns die Katastrophe von Fukushima Anfang diesen Jahres sehr deutlich vor Augen geführt.

Bei einem Unfall in Neckarwestheim oder Philippsburg in der Größe von Fukushima wären wir in der Evakuierungszone.

Ich bin froh, dass der Regierungswechsel in Baden-Württemberg hier ein Umdenken eingeläutet hat.

Die Zeiten eines Ministerpräsidenten Teufel sind vorbei, der mit dem Begriff der "Verspargelung der Landschaft" die Aufstellung von Windrädern in Baden-Württemberg weitgehend verhindert hat.

Oder ein Stefan Mappus, der als treibende Kraft den von rot-grün eingeleiteten Ausstieg aus der Kernenergie, wieder rückgängig machte.

Wir müssen so schnell wie möglich ganz und endgültig aus der Kernenergie aussteigen und auf erneuerbare Energieerzeugung umstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Viele Kommunen kaufen derzeit ihre Stromnetze zurück und setzen auf eine direkt vor der Haustür liegende Energieerzeugung aus Wind, Sonne, Erdwärme und Wasserkraft.

Die Behauptung, nur mit Kernenergie kann unser Energiebedarf gedeckt werden, ist eindeutig widerlegt.

Der Ausbau der regenerativen Energien, Lösungen zur Speicherung überschüssiger Energie, intelligente Verkehrskonzepte und Energieeinsparung schont unsere natürlichen Ressourcen, schafft Arbeitsplätze und sichert den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

1951 entwickelte ein Forscherteam die erste Antibabypille.

Am 1. Juni 1961 bringt die Schering AG die Antibabypille in Deutschland auf den Markt.

Der Film "Die Sünderin", in dem Hildegard Knef die Hauptrolle spielt wird wegen angeblicher Glorifizierung von Prostitution, Sterbehilfe und Suizid mit Aufführungsverboten und kirchlicher Ablehnung von den Kanzeln belegt. Aber gerade dadurch wird das Interesse an dem Film geweckt und er wird zum Publikumserfolg.

Im August 1961 wird durch den Bau der Berliner Mauer die Teilung Deutschlands zementiert. Im Oktober fahren sowjetische und amerikanische Panzer in Berlin am Checkpoint Charlie auf.

Am 9. November 1989, 28 Jahre später, werden die Grenzen wieder geöffnet, der Prozess zur deutschen Wiedervereinigung beginnt.

Am 20. Januar 1961 wird John F. Kennedy als amerikanischer Präsident vereidigt. Er verkündet als eine seiner ersten Amtshandlungen die Beendigung der Rassentrennung in den USA.

Am 17. September 1961 verliert die CDU bei der Bundestagswahl ihre absolute Mehrheit.

Eine schwarz-gelbe Koalition unter Führung von Adenauer als Bundeskanzler, den FDP-Ministern Walter Scheel (Entwicklungshilfe) und Wolfgang Mischnick (Vertriebene), sowie Franz Josef Strauß als Verteidigungs- und Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister wird gebildet.

Das Plakat des DGB am 1. Mai 1961 drückt den Wunsch vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach einem Leben in Freiheit und Solidarität aus.

Am 12. April 1961 gelingt Juri Gagarin der erste bemannte Raumflug, mit Alan Shepard folgt am 5. Mai der erste Amerikaner.

Heinrich Matthaei entdeckt den genetischen Code. Es ist die Geburtsstunde der modernen Genetik und Biotechnologie.

Ab dem 1. Juni 1961 wird ein zweites Fernsehprogramm ausgestrahlt, das spätere ZDF. Am 4. Juli gibt es die erste Sportschau zu sehen.

Und am 8. September 1961 erscheint der erste Band einer sogenannten Groschenromanserie, die bis heute jede Woche rund hunderttausend Leser anzieht: Der Serienheld Perry Rhodan startete seine Odyssee ins Weltall und vielleicht hat der Eine oder Andere ihn ja heimlich bei seinen Abenteuern begleitet, denn zugegeben hat man das ja nie, genauso wenig, wie kein Mensch Jerry Cotton Romane oder die Bild-Zeitung liest.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

trotz dem sogenannten Wirtschaftswunder in den 50iger Jahren zählten vor allem die Rentnerinnen und Rentner zu den Benachteiligten.

Der Krieg und die Geldentwertung haben der Rentenversicherung großen Schaden zugefügt.

Die Durchschnittsrente für einen Arbeiter lag 1956 bei 90 DM, für einen Angestellten bei knapp 140 DM. Der durchschnittliche Monatsverdienst betrug 360 DM.

Deshalb war eine Rentenreform unabdingbar.

Mit Einführung der dynamischen Rente 1957 wird die Höhe der Rente an die Entwicklung der Löhne und Gehälter gekoppelt.

Jetzt konnten die Rentnerinnen und Rentner endlich auch am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben.

Möglich wurde das durch den Solidarvertrag zwischen zwei Generationen, den Erwerbstätigen, die mit ihren Beiträgen die Zahlung der Renten an die Rentnerinnen und Rentner finanzieren.

Die Reform bescherte 1957 einen Einkommenszuwachs bei den Renten von durchschnittlich 60% und sichert endlich den erworbenen Lebensstandard auch im Alter ab.

Im Prinzip gilt dieser Solidarvertrag heute noch.

Er wurde jedoch hauptsächlich in den 90iger Jahren durch gezielte Propaganda in Frage gestellt und in mehreren sogenannten Rentenreformen wurde eine deutliche Absenkung des Rentenniveaus festgelegt.

Fachleute prognostizieren, dass das derzeitige Rentenniveau bis 2030 auf ein Drittel des durchschnittlichen Bruttoverdienstes sinken wird.

Die Standardrente, das ist die rechnerische Vergleichsrente nach 45 Versicherungsjahren und

durchschnittlichem Bruttojahresentgelt betrug zum Juli 2011 in den alten Bundesländern 1.236,15 €.

1.236 € und das nach 45 Versicherungsjahren, die kaum jemand zukünftig noch erreichen wird und einem Einkommen, das die gesamten 45 Jahre mindestens im Durchschnitt aller Verdienste, die rentenversicherungspflichtig sind, liegen muss, nicht gerade üppig.

Das ist aber nur die rechnerische Größe, die tatsächliche Situation ist viel dramatischer.

Heute haben wir schon viele Renten die deutlich unter 800 € liegen.

Mit jedem Rentenzugang erhöht sich zukünftig auch die Anzahl niedriger Renten die kaum zum Leben reichen.

Eine zunehmende Altersarmut zukünftiger und heutiger Rentnergenerationen ist vorprogrammiert.

Das muss sich wieder ändern.

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, hat auch einen Anspruch auf ein angemessenes Alterseinkommen und insbesondere auch auf Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg.

Die Bundesregierung hat dazu zu einem Rentendialog eingeladen.

Nur wer wie Frau von der Leyen eine Reform plant, die nichts kosten darf, der hat die Situation vieler älterer Menschen nicht begriffen.

Eine Rentenreform, bei der die Senkung des Beitrages als obersten Ziel angesehen wird, kann keine richtige Reform werden.

Nur ein fairer Ausgleich zwischen den Generationen wäre auch eine echte Rentenreform.

Die Rentenformel muss endlich wieder zu Gunsten der Rentnerinnen und Rentner geändert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

1971 hat die IG Metall ihr Bildungszentrum in Sprockhövel eingeweiht, in dem sicher einige von Euch schon Seminare besucht haben. 2011, also genau 40 Jahre später, wurde Sprockhövel neu eingeweiht. Dort steht jetzt das modernste gewerkschaftliche Bildungszentrum.

Nach drei Wochen Arbeitskampf im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden einigen sich IG Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher und Arbeitgeberchef Hanns-Martin Schleyer in Stuttgart nach 30 Stunden Verhandlung auf Lohnerhöhungen von 7 Prozent. Außerdem wird

die tarifliche Absicherung des 13. Monatsentgeltes stufenweise eingeführt.

Der seit 1969 als Bundeskanzler amtierende Sozialdemokrat Willy Brandt erhält 1971 den Friedensnobelpreis, Gustav Heinemann ist Bundespräsident und Richard Nixon sitzt im Weißen Haus.

Im Juni 1971 wird der Europäische Metallarbeiterbund gegründet.

Vor 40 Jahren ist der Mann in die IG Metall eingetreten und hat bei Kässbohrer in Ulm seine Ausbildung zum Werkzeugmacher begonnen, der vergangene Woche mit fast 97 Prozent zum zweiten Mal zum Vorsitzenden der IG Metall gewählt wurde: Ich spreche von Berthold Huber.

Im selben Jahr wird nicht nur das erste McDonalds Restaurant in Deutschland eröffnet, die Umweltorganisation Greenpeace wird gegründet und das ZDF sendet zum ersten Mal die Sendung „Disco“ mit Ilja Richter. Auch Dalli Dalli mit Hans Rosenthal hat 1971 Premiere.

1986 hat die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 26. April gezeigt, wie gefährlich Kernenergie ist.

Im selben Jahr wurde die Fußballnationalmannschaft im mexikanischen

Cordoba von Argentinien im WM-Finale mit 3:2 besiegt.

Das Land wird von Helmut Kohl regiert, Richard von Weizsäcker ist Bundespräsident und der Schauspieler Ronald Reagan ist US-Präsident.

Und in der Zentrale der IG Metall in Frankfurt folgt auf den „listigen Hans der schneidige Franz“. So hat damals der Spiegel den Wechsel an der IG Metall-Spitze von Hans Mayr zu Franz Steinkühler beschrieben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

jetzt habe ich einen langen Blick zurück geworfen. Aber ich finde, es gehört auch immer ein Blick in die Gegenwart zu einer solchen Laudatio.

Nur zwei Jahre nach der verheerenden Finanz- und Wirtschaftskrise, der schlimmsten seit Ende des 2. Weltkriegs, taumelt die Wirtschaft erneut am Abgrund entlang.

Das ist die Folge dessen, dass die Politik in den ersten Wochen der Krise zwar gebellt und über eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte schwadroniert hat. Doch gebissen hat sie am Ende nicht. Deshalb können die Finanzhaie ihr von ungezügelter Gier getriebenes Spiel ungehemmt weiter treiben.

Wir brauchen eine Regulierung der Finanzmärkte, um dem Treiben ein Ende zu machen.

Und wir brauchen eine Trennung von Banken der Realwirtschaft und Investmentbanken.

Und wir brauchen eine demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Finanzregierung auf europäischer Ebene.

In der Krise 2008/2009 waren es die Vorschläge der IG Metall wie Umweltprämie, Konjunkturpaket und Kurzarbeit-Plus, die den Boden dafür geebnet haben, dass Deutschland wesentlich besser als alle unsere Nachbarn durch die Krise gekommen ist.

Während frühere Krisen, die weit geringere Einbrüche verzeichneten, stets zu Massenentlassungen geführt haben, ist es während der letzten Krise gelungen, die Arbeitsplätze weitestgehend zu erhalten.

Das war übrigens auch der Nährboden dafür, dass Deutschland den auf die Krise folgenden rasanten Aufschwung überhaupt bewältigen konnte, denn die dringend benötigten und qualifizierten Fachkräfte waren an Bord der Unternehmen und mussten nicht erst langwierig und teuer gesucht und eingekauft werden.

Auch mit Blick auf die Mitgliederentwicklung hat die letzte Krise ein anderes Bild gemalt:

In der Krise der Metall- und Elektroindustrie Mitte der 90er Jahre hat die IG Metall dauerhaft etwa ein Viertel der Mitglieder verloren. Diesmal nicht.

Und inzwischen hat die IG Metall als einzige große Mitgliederorganisation den Trend gedreht und kann für 2011 einen positiven Mitgliedersaldo vorweisen. Es ist das erste reale Plus seit 18 Jahren. Bis Jahresende dürfte sich das Plus auf über 15 000 Mitglieder mehr als am Ende des Vorjahres summieren.

Und die IG Metall ist anerkannt. Das hat sich nicht zuletzt auf dem Gewerkschaftstag vergangene Woche in Karlsruhe gezeigt. Es ist schon Ausdruck von Wertschätzung, wenn innerhalb einer Woche sowohl der Bundespräsident wie auch die Bundeskanzlerin den rund 500 Delegierten unserer IG Metall die Aufwartung machen. Das war nicht immer so, aber ich finde, es ist gut so.

Und es ist wichtig für unsere Arbeit. Denn die Themen gehen uns nicht aus. Und wir brauchen eine starke IG Metall, um Lösungen im Interesse der Beschäftigten durchzusetzen.

Damit meine ich Perspektiven für die junge Generation und dazu gehört für mich die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung.

Dazu gehört auch, dem Wildwuchs prekärer Beschäftigung endlich ein Ende zu machen. Wir brauchen mehr Mitbestimmung der Betriebsräte für den Einsatz von Leiharbeit in den Betrieben.

Und es geht auch um die Durchsetzung des Grundsatzes: Gleiches Geld für gleiche Arbeit, gerade für den Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen.

Es geht aber auch darum, dem Arbeiten ohne Ende einen Riegel vorzuschieben. Es gibt gute Gründe, warum wir seit einiger Zeit einen sprunghaften Anstieg psychischer und physischer Erkrankungen feststellen können. Gerade Burn-Out ist auf dem Vormarsch. Dem können wir nicht tatenlos zuschauen. Hier müssen wir als Gewerkschaft handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jubilar zu sein und geehrt zu werden heißt nicht nur Reden anzuhören, sondern heißt auch mit Kolleginnen und Kollegen sich auszutauschen und in geselliger Runde zu feiern.

Ich möchte mich nochmals herzlich bei unseren Jubilaren für ihre langjährige Mitgliedschaft bedanken und wünsche uns gemeinsam noch einen schönen Abend.